

Bundesministerium für  
soziale Verwaltung

J U G E N D B E S C H Ä F T I G U N G S P R O G R A M M 1985

D E R

B U N D E S R E G I E R U N G

Wien, März 1985

## INHALTSVERZEICHNIS

Die Beschäftigungspolitik der Bundesregierung in der jüngsten Weltwirtschaftskrise	Seite 3
Ursachen der Beschäftigungsprobleme junger Menschen	Seite 5
Jugendbeschäftigungspolitik 1976 - 1984	Seite 7
Zielsetzungen des Jugendbeschäftigungs- programms	Seite 10
Schwerpunkte des Jugendbeschäftigungs- programms	Seite 11
Maßnahmen des arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramms	Seite 15

<p>DIE BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG IN DER JÜNGSTEN WELTWIRTSCHAFTSKRISE</p>
---

Die weltweite Wirtschaftskrise hat die Zahl der Arbeitslosen in den Industrieländern von 25 Millionen im Jahr 1981 auf 31 Millionen im Jahr 1984 ansteigen lassen. Das ist nicht zuletzt deshalb geschehen, weil die Regierungen vieler Länder andere wirtschaftspolitische Ziele für wichtiger gehalten haben als die Sicherung der Beschäftigung.

Diese internationale Entwicklung ist nicht ohne Auswirkungen auf Österreich geblieben.

Weil aber für die österreichische Bundesregierung Beschäftigungssicherung ein vorrangiges politisches Ziel ist, für das auch mit allem Nachdruck Maßnahmen gesetzt wurden, konnte die Arbeitslosigkeit in Österreich deutlich niedriger als in fast allen anderen Industrieländern gehalten werden.

ENTWICKLUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT IM INTERNATIONALEN VERGLEICH  
(Arbeitslosenraten in %)

	1980	1981	1982	1983	1984
USA	7,2	7,6	9,7	9,6	7,5
Japan	2,0	2,2	2,3	2,7	2,7
BRD	3,9	5,6	7,7	9,2	9,1
Frankreich	6,0	7,3	8,1	8,2	9,2
GB	6,4	9,9	11,5	12,3	12,7
Italien	7,5	8,4	9,1	9,9	10,4
Schweden	1,9	2,5	3,2	3,4	3,1
Belgien	11,3	14,2	16,6	18,4	18,7
NL	5,9	9,1	12,6	17,1	17,6
Österreich	1,9	2,4	3,7	4,5	4,5

Weltweit bedeutet die schwierige Arbeitsmarktsituation vor allem eine Gefährdung der Beschäftigungschancen der 15- bis 25-jährigen.

Während die Politik anderer Regierungen die Arbeitslosigkeit dieser Altersgruppe in einem enormen Ausmaß hat ansteigen lassen, ist es in Österreich stets vorrangiges Ziel der Beschäftigungspolitik gewesen, die Arbeitslosigkeit der 15- bis 25-jährigen niedrig zu halten. Der internationale Vergleich zeigt, daß dies gelungen ist.

ENTWICKLUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT 15- BIS 25-JÄHRIGER  
IM INTERNATIONALEN VERGLEICH  
(Arbeitslosenraten in Prozent)

	1980	1981	1982	1983	1984
USA	13,3	14,3	17,0	16,4	13,0 <sup>1)</sup>
Japan	3,6	4,0	4,4	4,5	4,8 <sup>1)</sup>
BRD	3,9	6,5	9,8	10,8	10,5 <sup>1)</sup>
Frankreich	15,9	17,0	20,2	21,1	26,1
GB	14,1	18,1	23,1	23,2	21,8
Italien	25,2	27,4	29,7	32,0	33,5 <sup>1)</sup>
Schweden	5,1	6,3	7,6	8,0	7,5 <sup>1)</sup>
Österreich <sup>2)</sup>	-	-	3,7	4,3	4,6
Österreich (15-bis 19-jährige)			1,4	2,3	2,5
Österreich (19-bis 25-jährige)			5,0	5,3	5,6

1) Vorläufige Schätzungen

2) Vor 1982 keine gesonderten Erhebungen, 1982 Schätzung

URSACHEN DER BESCHÄFTIGUNGSPROBLEME JUNGER MENSCHEN
---

Daß junge Menschen von Arbeitslosigkeit stärker betroffen sind als andere hat mehrere Ursachen. Angesichts der verschlechterten Nachfragebedingungen und Konjunkturaussichten aufgrund der Wirtschaftskrise haben die Unternehmen ihren Personalstand sukzessive bis auf die Stammebelegschaft reduziert; es gibt jedoch auch Untersuchungsergebnisse, die darauf hinweisen, daß sogar langjährig beschäftigte Stamarbeitskräfte von Arbeitslosigkeit bedroht werden. Diese Reduktion wurde insbesondere durch das Nichtersetzen des natürlichen Abgangs herbeigeführt, wodurch sich schwerwiegende Probleme für den Eintritt Jugendlicher in die Berufswelt ergeben. Obwohl für einen Teil der ausscheidenden Arbeitskräfte Ersatzbedarf mit entsprechenden Qualifikationen erforderlich war, waren die Unternehmen vielfach nicht bereit, Jugendliche einzustellen und den notwendigen Qualifikationsbedarf entsprechend auszubilden.

Stattdessen wurde von Arbeitsplatzbewerbern gefordert, daß sie die erforderlichen Qualifikationen und insbesondere die notwendige Berufserfahrung mitbrächten.

Es ist naheliegend, daß angesichts dieser restriktiven Personalpolitik und der Reduzierung der Ausbildungsinvestitionen gerade Jugendliche kaum in der Lage waren, den geforderten Auswahlkriterien zu entsprechen.

Daß diese personalpolitische Strategie nicht den tatsächlichen Nachfragebedingungen entspricht, zeigt sich u.a. daran, daß auf die im Jahre 1984 einsetzende wirtschaftliche Belebung nicht mit Einstellungen von Arbeitskräften und verstärkten Ausbildungsbemühungen seitens der Betriebe reagiert wurde. Stattdessen wurden die Überstunden ausgeweitet und Rationalisierungsmaßnahmen verstärkt. Die Rationalisierung der Produktion wird in der Entwicklung der Stundenproduktivität deutlich, die z.B. in der Industrie seit 1982 bei rückläufiger Beschäf-

tigung und einer Stagnation der Arbeitszeit je Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um rund 5 % gestiegen ist.

### PRODUKTIVITÄT

	1980	1981	1982	1983	1984	1985
	Veränderungen gegen das Vorjahr in %					
Brutto-Inlandsprodukt real	+3,0	-0,1	+1,0	+2,1	+2,5	+3,0
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	+1,0	-0,3	-1,4	-0,8	+0,1	+0,3
Produktivität BIP je Erwerbstätigen	+2,0	+0,1	+2,5	+2,9	+2,4	+2,7
Industrieproduktion	+3,3	-0,2	+0,1	+1,2	+5,5	+4,0
Industriebeschäftigte	+1,1	-2,1	-4,1	-4,0	-0,5	+0,0
Arbeitszeit je Industriearbeiter	+0,4	-0,8	+0,2	-0,3	+0,3	+0,0
Stundenproduktivität in der Industrie	+1,8	+2,7	+4,0	+5,5	+5,7	+4,0
Arbeitstage Veränderung absolut	+2	-1	+1	+0	-2	+1

1) Unselbständige und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung

Der Mangel an Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen für hochqualifizierte Arbeitskräfte trotz behaupteten Bedarfs wird auch durch den Rückgang in der Lehrausbildung dokumentiert.

Die Zahl der Ausbildungsplätze hat von rund 194.000 im Jahre 1980 auf rund 176.000 im Jahre 1983 abgenommen.

Doch ist es nicht nur dieser Rückgang in der Lehrausbildung, sondern auch das Auseinanderklaffen zwischen tatsächlich angebotener Ausbildung und Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften, was Barrieren für den Berufseintritt von Jugendlichen schafft.

- 7 -

Das wird besonders am Beispiel der Industrie deutlich, die einen Mangel an Fachkräften beklagt, während gleichzeitig die Zahl der Lehrlinge von rund 29.000 im Jahre 1980 auf rund 26.000 im Jahre 1983 abgenommen hat.

## LEHRLINGE IN ÖSTERREICH

	Handel	Gewerbe	Indust.	Verkehr	Fremden- verkehr	Sonstige	Gesamt
1980							
absolut	42.573	103.934	28.651	2.416	16.553	2.973	197.100
in %	21,60	52,73	14,45	1,23	8,40	1,51	100,00
1981 +)							
absolut	39.837	99.608	27.991	2.520	16.102	3.537	189.595
in %	21,01	52,54	14,76	1,33	8,49	1,87	100,00
1982							
absolut	37.429	95.385	27.069	2.696	16.764	4.204	183.547
in %	20,39	51,97	14,75	1,47	9,13	2,29	100,00
1983							
absolut	35.285	91.137	25.760	2.655	17.163	4.646	176.974
in %	19,94	51,50	14,56	1,50	9,70	2,36	100,00

+)

In dieser Zeile sind Doppelzählungen möglich

JUGENDBESCHÄFTIGUNGSPOLITIK 1976 - 1984

Die Bundesregierung hat die durch das Zusammentreffen der demographischen Gegenbenheiten mit der Wirtschaftsentwicklung gegebene Situation, die über verschärfte Selektion und mangelnde Ausbildungsbereitschaft zu nachteiligen Auswirkungen auf dem Jugendarbeitsmarkt führen mußte, schon frühzeitig erkannt und ihr durch arbeitsmarktpolitische Jugendprogramme gegengesteuert.



## JUGENDBESCHÄFTIGUNGSPROGRAMME

Datum	Laufzeit	Geförderte Personen	Aufgewendete Mittel in Mio. S.
9.6.76	76/77	1.000	18
22.6.77	77/78	1.400	30
8.6.78	78/79	2.300	40
23.3.79	79/80	3.000	43
9.6.80	80/81	2.100	30
4.6.81	81/82	1.300	19
7.4.82	82/83	47.000	379
16.5.83	83/84	62.000	548
4.6.84	84/85	35.000	411 (Erfolg 1.7.84 bis 31.12.84)

Für die Jugendlichen von 15 bis 19 Jahren standen dabei Lehrstellenförderung und Maßnahmen der Berufsvorbereitung im Vordergrund. Im Zuge des arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramms 1983 wurden rund 12.000 Lehrstellen gefördert und rund 1.700 Jugendliche in Berufsvorbereitungsmaßnahmen untergebracht. Zur Förderung der Altersgruppe der 19- bis 24-jährigen wurden im Jahr 1983 rund 30.000 junge Menschen in Ausbildungsprogramme sowie rund 10.000 in Maßnahmen zur Förderung der Unterbringung auf einem der Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz einbezogen.

Auch im Rahmen der "Aktion 57" wurde mit den betreffenden Unternehmensleitungen vereinbart, daß für drei gekündigte Arbeitnehmer ein Jugendlicher eingestellt wird. Darüber hinaus haben sich VEW und VOEST verpflichtet, frei werdende Lehrlinge weiter zu beschäftigen.



Zusätzlich zum derzeit laufenden arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramm 1984 wurde mit Jahresbeginn 1984 ein Beschäftigungsprogramm für länger vorgemerkte Jugendliche initiiert. Darüber hinaus hat die Bundesregierung auch den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften im Zuge des Finanzausgleiches verstärkt Mittel für die Realisierung von beschäftigungspolitischen Projekten zur Verfügung gestellt.

Alle diese Fördermaßnahmen wurden parallel zu einer Neugestaltung der Dienste der Arbeitsämter im Sinne größerer Bürgernähe und höherer Effizienz durch Neugestaltung der Arbeitsabläufe, Höherqualifizierung des Betreuungspersonals und Verbesserung der Informationsmöglichkeiten durch den Einsatz der EDV ergänzt und verstärkt. Der Einsatz von Förderungen als Hilfsmittel einer erfolgreichen Betreuungsarbeit gerade jüngerer Menschen trägt dadurch wirkungsvoll zur Bereitstellung einer Beschäftigung bei.

Im Jahr 1982 hat die ÖVP begonnen, auf parlamentarischer Ebene Vorschläge zur Jugendbeschäftigung zu machen. Diese Vorschläge haben entweder bereits längst gehandhabte Maßnahmen zum Inhalt - wie etwa Förderung der Berufsvorbereitung und der beruflichen Eingliederung von schwer vermittelbaren Jugendlichen, Ausbildungs- und Trainingsveranstaltungen zur erleichterten Unterbringung, Förderung der vorzeitigen Einstellung bei bevorstehenden Pensionierungen, Jungarbeitnehmertraining oder spezielle Hilfen für weibliche Jugendliche - oder versucht, mit dem Argument der Jugendbeschäftigung andere politische Ziele, vor allem Flexibilisierung der Arbeitszeit und steuerliche oder sozialversicherungsrechtliche Entlastungen der Arbeitgeber durchzusetzen, die zur Verbesserung der Beschäftigtensituation der Jugendlichen nicht beitragen könnten.

Die Richtigkeit des Weges, den die Bundesregierung eingeschlagen hat, erweist sich darin, daß der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit als Folge der jüngsten Weltwirtschaftskrise in Grenzen gehalten werden konnte und seit dem Jahre 1983 die Beschäftigung Jugendlicher kontinuierlich zugenommen hat (1983: +0,4 %, 1984: +0,9 %).

**ZIELSETZUNGEN 1985**

Wie oben dargelegt, haben die Probleme auf dem Arbeitsmarkt für junge Menschen ihre Ursache nicht zuletzt in der Zurückhaltung der Betriebe bei Ausbildung und Einstellung.

Auch sind die anderen Gebietskörperschaften als die Partner der Bundesregierung in der politischen Verantwortung offenbar nicht immer bereit, die notwendigen - und auch möglichen - Anstrengungen zu unternehmen, um ihren Beitrag zur Lösung der Frage der Jugendbeschäftigung zu leisten.

Im Rahmen der Aktion 8.000 wurden finanzielle Mittel sowohl für Einstellungen bei Betrieben als auch für die Realisierung dringend notwendiger Vorhaben im Bereich der kommunalen Infrastruktur und des Umweltschutzes angeboten, die regional in sehr unterschiedlichem Umfang in Anspruch genommen wurden. Die Bundesregierung ist entschlossen, ihre Politik der Vorsorge für die Beschäftigung auch der 15- bis 25-jährigen fortzusetzen und sie wird im Interesse der Betroffenen verstärkt folgende Zielsetzungen anstreben:

- Die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, um die stagnierende Nachfrage nach jugendlichen Arbeitskräften zu kompensieren und die Deckung des zusätzlichen Bedarfs nach sozialen und kommunalen/infrastrukturellen Dienstleistungen zu initiieren;
- den Strukturwandel zu unterstützen angesichts einer Reduzierung der Ausbildungsangebote bzw. einer abnehmenden Ausbildungsbereitschaft und -flexibilität; die fehlende Nutzung des Bildungs- und Arbeitsvermögens junger Menschen darf nicht den betroffenen Arbeitskräften selbst angelastet werden, sondern muß angesichts der technologischen Entwicklung in Richtung zukunftsorientierter Arbeitsplätze überwunden werden;

- 11 -

- besonders jene Jugendliche zu unterstützen und zu betreuen, die den verschärften Selektionskriterien zum Opfer fallen.

### SCHWERPUNKTE 1985

Die Schwerpunkte des Jugendbeschäftigungsprogramms 1985 der Bundesregierung sind dabei:

- Einstellungsförderung in der Wirtschaft
- Arbeitbeschaffungsmaßnahmen bei regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sowie Einrichtungen
- Einstellungsprogramm des Bundes
- Aus- und Weiterbildungsprogramm
- Heranziehung hochqualifizierter, zukunftsorientierter Ausbildungskapazitäten, die von den Unternehmen selbst nicht genutzt werden
- Hilfe zur Selbsthilfe
- Förderung der Lehrausbildung in Problemregionen und für benachteiligte Jugendliche.

Im einzelnen bedeuten diese Schwerpunkte:

#### 1. Jugendeinstellungsprogramm für die österreichische Wirtschaft

Die Unternehmen haben nur sehr zögernd auf die Belebung der Wirtschaft mit Einstellungen reagiert, teils aus Unsicherheit über die zu erwartende Entwicklung, teils aus Kostengründen.

Die Förderung der Einstellung von jugendlichen Arbeitskräften, die trotz entsprechender Berufsausbildung und Qualifikation keinen Arbeitsplatz finden können, soll einen Anreiz bieten, daß die Unternehmen von ihrem restriktiven Einstellungsverhalten abgehen, indem der betriebswirtschaftliche Aufwand reduziert wird.

Darüber hinaus soll entsprechend den Klagen der Unternehmen über einen Mangel an betriebsspezifisch ausgebildeten Arbeitskräften im Zuge dieser Einstellungsförderung die Möglichkeit geschaffen werden, daß Jugendliche die erforderliche Berufserfahrung und -kenntnis im Rahmen einer Einschulungs- und Einarbeitungsphase erwerben können.

Die Förderung soll wesentlich dazu beitragen, daß für einen längeren Zeitraum im Betrieb diese Arbeitsplatzschulung stattfinden kann, um sicherzustellen, daß ein längerfristiges Beschäftigungsverhältnis begründet wird.

Für dieses Programm stellt der Bundesminister für soziale Verwaltung 1 Milliarde Schilling bereit. Unternehmen, die zusätzlich einen arbeitslosen Jugendlichen einstellen, können bei einer Dauer der Arbeitslosigkeit von 3 bis 6 Monaten bis zu 70 %, bei einer Dauer der Arbeitslosigkeit von mehr als 6 Monaten bis zu 100 % der Lohnkosten für einen Zeitraum von 6 Monaten erhalten.

Um den Jugendlichen die Chance der Integration in den Betrieb zu geben, soll in diesem Fall eine Dauer des Beschäftigungsverhältnisses von 1 Jahr vorgesehen werden.

## 2. Arbeitsbeschaffung für Jugendliche

Ergebnisse von Untersuchungen zeigen einen erheblichen Bedarf der Bevölkerung an einer Ausweitung sozialer, kommunaler und infrastruktureller Dienstleistungen.

Um bei den Ländern, Gemeinden, aber auch Einrichtungen der sozialen Wohlfahrtspflege die Realisierung von Projekten zu initiieren, die sozial erwünscht und im öffentlichen Interesse sind, werden Vorhaben aus den Bereichen der Stadtsanierung, Dorfverschönerung, des Umweltschutzes, der Betreuung von alten, kranken und behinderten Menschen, der Einrichtung von

Beratungszentren, aber auch der Ausbau von Erholungs-  
räumen und die Verbesserung der Wohnumwelt u.a.  
gefördert.

Im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit wird jedoch  
auch von den Trägern derartiger Vorhaben eine Beteiligung  
an den Kosten zu erwarten sein, zumal der finanziellen  
Lage der Länder und Gemeinden im Finanzausgleich  
Rechnung getragen wurde.

Um den Gebietskörperschaften die Wahrnehmung dieser  
beschäftigungspolitischen Verantwortung zu erleichtern,  
stellt der Bundesminister für soziale Verwaltung zusätzlich zur  
"Jugendmilliarde" einen Rahmen von 500 Millionen Schilling zur  
Verfügung. Aus diesen Mitteln wird der Betrag, der von  
den einzelnen Ländern für die zusätzliche  
Beschäftigung junger Menschen aufgebracht wird,  
verdoppelt.

### 3. Einstellungsprogramm des Bundes

Während in den übrigen Wirtschaftsbereichen der Bedarf  
an Arbeitskräften technologisch bedingt langfristig  
zurückgeht, besteht ein stetig steigender Bedarf nach  
Serviceleistungen im öffentlichen Sektor, v.a. im  
Bereich sozialer Betreuungsdienste.

Die Gebietskörperschaften können diesen Bedarf wegen  
des Gebotes äußerster Sparsamkeit im allgemeinen  
gegenwärtig nur begrenzt erfüllen, und auch der Bund  
kann die darin liegenden Beschäftigungsmöglichkeiten  
aus demselben Grund nicht voll ausschöpfen; die  
Bundesregierung hat jedoch als Beitrag zur Bekämpfung  
der Arbeitslosigkeit junger Menschen in jedem Jahr  
seit 1982 im Stellenplan ein Kontingent von Planstellen  
für junge Menschen.

Im Jahr 1985 sind dies 6.332 Planstellen und auch im  
Stellenplan des nächsten Jahres wird diese Aktion  
fortgesetzt.



Diesen jungen Menschen soll damit die Chance eines Einstieges in das Berufsleben geboten werden, von dem aus sie entweder bis 1989 auf normale Planstellen überführt oder auf dem freien Arbeitsmarkt, auf dem die Zahl junger Arbeitsloser bis dahin stark abgenommen haben wird, untergebracht werden können.

#### 4. Hilfe zur Selbsthilfe

Mit diesem Programm wird arbeitslosen jungen Menschen die Möglichkeit geboten, eigene Lösungsversuche vorzubereiten und zu realisieren.

In besonderem Maße geht es darum, die Initiativen von arbeitslosen Jugendlichen bzw. von Arbeitslosigkeit bedrohten jungen Menschen zur Schaffung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen zu fördern.

Bei diesen auf Selbsthilfe der Jugendlichen gegründeten Vorhaben und Projekten wird die Überführung von Betrieben in Selbstverwaltung als auch die Schaffung von Arbeitsplätzen in gemeinnützigen Einrichtungen gefördert.

Darüberhinaus werden Personen und Betreuungseinrichtungen unterstützt, die den Jugendlichen bei der Realisierung ihrer Projekte helfen.

#### 5. Ausbildungsprogramm für Jugendliche

Angesichts der mangelnden Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft ist es notwendig, dieser Entwicklung sowohl auf dem Gebiet der herkömmlichen Lehrausbildung als auch im Bereich aktueller betrieblicher Qualifizierungserfordernisse durch eine Reihe von spezifischen Ausbildungsmaßnahmen entgegenzusteuern.

Damit liefert die Bundesregierung einen wesentlichen Beitrag zur Anpassung der Wirtschaftsstruktur Österreichs an die geänderten Verhältnisse.

In der Realisierung des Ausbildungsprogramms geht es sowohl darum, arbeitslosen Jugendlichen technologisch hochwertige Ausbildungsgänge anzubieten, um dem zukünftigen Bedarf an Arbeitskräften Rechnung zu tragen als auch um die Überwindung der in der Krise hochgeschraubten Einstellungserfordernisse durch entsprechend höhere Qualifizierung.

Neben der Vermittlung der für die Arbeitsaufnahme erforderlichen Kenntnisse bietet die Arbeitsmarktausbildung in besonderen Kursen auch die Möglichkeit, den frustrierenden Erfahrungen vergeblicher Arbeitsplatzsuche der Jugendlichen und deren Auswirkungen auf die soziale und wirtschaftliche Eingliederung in die Gesellschaft zu begegnen.

#### MASSNAHMEN 1985

Insgesamt wird die Bundesregierung im Sinne der dargestellten Überlegungen im arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramm 1985 die folgenden Maßnahmen anbieten:

1. Förderung der Einstellung von jungen Langzeitarbeitslosen
2. Förderung der Einstellung von arbeitsmarktmäßig besonders benachteiligten jungen Menschen
3. Förderung der betrieblichen Einschulung oder vorzeitigen Einstellung von jungen Arbeitssuchenden
4. Trainingsmaßnahmen für junge Facharbeiter, Absolventen und Jungakademiker
5. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich des Umweltschutzes
6. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Stadtsanierung und Dorfverschönerung
7. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der sozialen Dienstleistungen
8. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Kultur und Kunst
9. Berufsvorbereitende Kurse zur Verbesserung der Vermittlungschancen



10. Kurse zur Höherqualifizierung und zur Umstellung auf neue Technologien
11. Kursmaßnahmen zur Bewältigung der Probleme von Langzeitarbeitslosen
12. Nutzung von betrieblichen Ausbildungskapazitäten zur Arbeitsmarktausbildung
13. Schaffung von selbständigen Einrichtungen zur Lehrausbildung in ungenutzten betrieblichen Lehrwerkstätten
14. Förderung von Lehrstellen für arbeitsmarktmäßig besonders benachteiligte Jugendliche und bei Verlust der Lehrstelle
15. Förderung von Lehrstellen für Mädchen in Berufen mit geringem Frauenanteil
16. Förderung von zusätzlichen Lehrstellen in Lehrwerkstätten
17. Förderung von zusätzlichen betrieblichen Lehrstellen in Problemregionen
18. Beschäftigungsmaßnahmen in selbstverwalteten Betrieben und Selbsthilfegruppen
19. Einsatz von Arbeitsmarktbetreuern und arbeitsmarktpolitischen Betreuungseinrichtungen
20. Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung von jungen Ausländern der zweiten Generation